

## **Mit Vielfalt umgehen lernen - Interkulturelle Bildung als Herausforderung für Unterricht und Schulalltag**

Fachkonferenz am 20. und 21. April 2009  
in der Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund, Berlin

**Tagungsdokumentation**  
Dokumentation: Gernot Stiwitz

Montag, 20. April 2009, 19.30-21.15 Uhr

### **Arbeitsgruppe**

#### **„Unterschiede im politischen Wissen von Schüler/-innen mit und ohne Migrationshintergrund – Hinweise für die Unterrichtspraxis“**

*Moderation: Frau Prof. Dr. Dagmar Richter, Herr Prof. Dr. Thomas Goll und Herr Prof. Dr. Weißeno*

Im Fokus der Arbeitsgruppe stand die im Plenum vom Forscherteam vorgestellte Studie „Politisches Wissen von Schüler/innen“. Die Studie ist von der Bundeszentrale für politische Bildung in Auftrag gegeben worden, da es für den Bereich des Sozialkunde- bzw. Politikunterrichts keine empirischen Studien gibt. Es sollte damit also eine Lücke geschlossen werden. Erhoben wurden die Daten zum konzeptuellen Wissen von Schülerinnen und Schülern, die in ethnisch heterogenen Lerngruppen unterrichtet werden.

In der Arbeitsgruppe wurde mit dem Forscherteam darüber diskutiert, was die Studie leisten kann in Bezug auf die Unterrichtspraxis in heterogenen Gruppen. Konkret ging es um die Frage, ob aus der Studie Erkenntnisse abgeleitet werden können, wie Sozialkunde- bzw. Politikunterricht auf heterogene Gruppen reagieren kann.

Das Forscherteam hat in dieser Klärungsdiskussion festgehalten, dass

1. die Studie keine Abfrage darstellt, die darauf abzielt, fachspezifische Möglichkeiten zum Umgang mit heterogenen Gruppen zu liefern,
2. die Studie keine Aussagen zu möglichen Strategien liefert,
3. die Studie keine Antworten liefert zur Akzeptanz der Demokratie,
4. die Studie keine Abfrage ist, ob Sozialkunde- bzw. Politikunterricht demokratische Haltungen verändern kann, und
5. die Studie keine Antworten liefert, was welche Gruppe innerhalb der Lerngruppe an politischem Wissen hat.

Die Studie gibt also keine Hinweise zur Unterrichtsgestaltung, zur Lehrplangestaltung oder zur Unterrichtspraxis.

Die Studie hat konzeptuelles Wissen abgefragt, kein Faktenwissen. Zu Faktenwissen kann man lediglich feststellen, dass es dieses Wissen gibt, aber nicht woher sie dieses haben, ob aus dem Unterricht, aus den Medien oder aus dem Elternhaus.

Erforscht wurde, welche Effekte einen Einfluss auf politisches Wissen haben. Die erforschten Effekte sind Sprachkompetenz, soziokultureller Hintergrund und Klassenzusammensetzung. Insofern ist der Sozialkunde- bzw. Politikunterrichts anderen Fächern vergleichbar. Die Effekte, die auch in anderen Fächern festgestellt wurden, sind auch in Bezug auf politisches Wissen wirksam.

Nachdem der Klärungsprozess bezüglich der Studie fast die gesamte Zeit der Sitzung eingenommen hat, wandten sich die Arbeitsgruppenmitglieder der Frage zu, wie Politik- bzw. Sozialkundeunterricht Einfluss nehmen könne auf die Akzeptanz der Demokratie oder auf politisches Wissen.

Ausgehend von den Erkenntnissen der Studie wurde festgestellt, dass Eltern stärker einbezogen werden sollten. Ebenso sei es wichtig, dass man Politik- bzw. Sozialkundeunterricht auch im Sinne der Sprachkompetenz bzw. dessen Erwerb verstehen müsse. Stichwort war hier, dass dieser Unterricht auch Deutschunterricht sei. Folgt man der Studie müsste auch bei der Klassenzusammensetzung darauf geachtet werden, dass der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund nicht zu hoch werden dürfe.

In diesem Zusammenhang wurde auch diskutiert, wie oder ob Demokratieerziehung im Sinne des BLK-Versuchs „Demokratie lernen und leben“ hier eine Rolle spielen kann. Es gab dazu unterschiedliche Haltungen. Während die Demokratieerziehung einerseits als demokratiefördernd wahrgenommen wurde, weil man über bessere Beteiligungsmöglichkeiten und die innere und äußere Öffnung von Schule Demokratie als Lebensform und auch als Herrschaftsform erleben kann. Dem entgegen wurde geäußert, dass die Inhalte des Versuchs zu unpolitisch und daher auch kein Mehr an politischem Wissen zu erwarten seien. Hier wurde entgegnet, ob das Wissen der entscheidende Punkt sei.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Wertigkeit der historisch-politischen Bildung in der Schule diskutiert. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde festgestellt, dass dieser Bereich als randständig erlebt wird, gleichzeitig aber immer wieder als „Feuerwehr“ erhalten soll, wenn etwa zunehmender Rechtsextremismus oder Wahlmüdigkeit in der tagesspolitischen Diskussion sind.